



Pressemitteilung der BAGP

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) neu organisieren

München, 19.06.2020

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Patientenstellen und -Initiativen nahm am Mittwoch an der öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses zur Unabhängigen Patientenberatung (UPD) im Bundestag teil. Die dortigen Redebeiträge zeichneten teilweise ein positives Bild der UPD in Trägerschaft der Sanvartis / Careforce GmbH auf, welches nicht teilen können.

Wir fordern eine Neuorganisation der UPD, damit das Vertrauen in das wichtige Beratungsangebot wieder hergestellt wird, die BürgerInnen dieses gut erreichen können und die wichtige Funktion der Patientenrückmeldungen an das System wieder mehr Gewicht bekommt. Die derzeitige Realisierung der UPD in privaten Händen und finanziert durch den Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV SV) hat die zugesagten Leistungen nicht erfüllt. Gründe dafür liegen einerseits in der Privatisierung, der damit verbundenen Gewinnabschöpfung und dem hiermit verbundenen massiven Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit. Gleichzeitig ist die fehlende Präsenz in der Fläche Ursache für höhere Zugangsbarrieren und geringe Bekanntheit in der Bevölkerung. Die Zukunft der UPD sollte an zivilgesellschaftliche Organisationen angebunden werden, die Finanzierung der UPD aus öffentlichen Mitteln erfolgen, die Trägerschaft sollte z.B. eine gemeinnützige Patientenstiftung bürgerlichen Rechts sein.

Die BAGP engagiert sich für die Neuaufstellung der Unabhängigen Patientenberatung und möchte gern einen Beitrag leisten, dass die UPD in den Dreiklang von unabhängiger Beratung, Patientenbeteiligung und qualitätsgesicherter Patienteninformation eingebunden wird.

Kontakt:

Geschäftsstelle der BAGP, c/o Gesundheitsladen München e.V.

Astallerstr. 14, 80339 München

mail@bagp.de

Verantwortlich: Gregor Bornes & Carola Sraier, SprecherInnen der BAGP